

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Verlagsnummer: 25 241
Nur für Nachgelieferter: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 16. bis 31. Sept. 1927 bei täglich zweimaliger Auslieferung frei Haus 1.50 Mk. Postbezugspreis für Monat September 3 Mark ohne Postgebühren.
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet: die einseitige 30 mm breite Zeile 25 Btg., für auswärts 40 Btg., Familienanzeigen und Stellengebote ohne Rabatt 15 Btg., außerhalb 25 Btg., die 90 mm breite Reklamzeile 200 Btg., außerhalb 250 Btg., Offertengebühr 30 Btg., Wuss. Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Neipich & Reichardt in Dresden
Postfach-Konto 1000 Dresden

Rothdruck nur mit deutlicher Quellenangabe (Dresdner Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufgenommen.

Die Amerika-Anleihe Polens gescheitert. Warum die Ostmark einen Reichskommissar braucht. — Die festen Gehälter und die der Wehrmacht.

Eine Katastrophe für Polen.

(Durch Druck.)

Warschau, 29. Sept. Die mit Unterbrechungen seit mehr als einem halben Jahr geführten Unterhandlungen über die große projektierte Stabilisierungsanleihe des polnischen Staates beim Bankiers-Trust sind hier gestern abend knapp vor ihrem erhofften Abschluß abgebrochen worden. Die Regierungspresse erhielt darüber in später Nachtstunde folgende amtliche Mitteilung: „Die Anleiheverhandlungen haben zu keiner Einigung über die Höhe des Emissionskurses der geplanten Stabilisierungsanleihe geführt. Der von den Bankiers vorgeschlagene Kurs wurde von der Regierung als dem Charakter der Anleihe nicht entsprechend abgelehnt. Im Zusammenhang damit sind die Unterhandlungen abgebrochen worden. Unabhängig von diesem Ergebnis der Unterhandlungen ist die Regierung entschlossen, im Maße der Verfügung stehenden Mittel die im Verlaufe der Anleiheverhandlungen ausgearbeiteten Grundzüge des Stabilisierungsplanes durchzuführen.“ (WZ.)

Der Emissionskurs sollte 95 Prozent betragen. Die Regierung bisher entschlossen gewesen, auf diesen Kurs einzugehen, und gab deshalb bekannt, daß dieses Mal die Anleihe bestimmt zum Abschluß käme. Aufschrei hat Warschau Pillulski im letzten Augenblick seinen Entschluß noch geändert. Das aberwärtige Scheitern der Anleiheverhandlungen bedeutet für das Wirtschaftsleben Polens eine Katastrophe. Die Anleihe sollte in erster Linie zur Stärkung der polnischen Währung verwendet werden, die besonders nach der letzten einseitigen Währungsreform wieder in Gefahr steht, beträchtlich im Kurse zu verlieren. Dies ist um so gefährlicher, als das Scheitern der Anleihe als endgültig anzusehen ist.

ist und Polen unter den gegenwärtigen Verhältnissen keinerlei Aussicht hat, an anderer Stelle eine Anleihe zu erhalten.

Wie unerwartet der plötzliche Abbruch Polen selbst gekommen ist, geht aus einer Bemerkung der halbamtlichen „Glosa“ hervor, die ihrem Leser mit einem Ausfall auf „gewisse ausländische Sphären“ Lust macht, die nicht die „ungeheure günstige Veränderung der Wirtschaftslage Polens“ einleiten wollten.

Die gefährdete Preußen-Anleihe.

Frankfurt a. M., 29. September. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Neuwort: „Die Preußenanleihe ist in Washington mit der Begründung, sie sei nicht für produktive Verwendungszwecke bestimmt, endgültig abgelehnt worden, so daß eine Emission in Neuwort unmöglich ist. Da eine solche Stellungnahme Washingtons von jeder bisherigen Praxis abweicht, herrscht hier der Eindruck, daß die Entscheidung durch von Berlin kommende Einflüsse hervorgerufen wurde.“

An zuständiger Berliner Stelle wird hierzu erklärt, daß die Nachricht für sehr unwahrscheinlich gehalten wird. Der Stand der Dinge wird dort im Gegenteil als durchaus günstig angesehen.

Auch der amtliche Preussische Pressedienst teilt mit, daß nach den vorliegenden Informationen kein Anhalt für die Richtigkeit dieser Meldung vorliegt.

Berlin, 29. September. Gegenüber unrichtigen Presse-meldungen, dahingehend, daß die Reichsbank den produktiven Charakter der Preußenanleihe nicht anerkannt habe, gibt die Reichsbank bekannt, daß dies nicht zutrifft. Die als Begründung für die Preußenanleihe angegebenen Zwecke haben auch nach Ansicht der Reichsbank produktiven Charakter im Sinne der Richtlinien der Beratungsstelle.

Kampf gegen die Lüge von Versailles!

Von Freiherr von Versner,

vormalig Präsident der Friedensdelegation zu Versailles.
Der Reichspräsident von Hindenburg hat mit seinem klaren Protest gegen die Kriegsschuldfrage von Versailles wohl jedem Deutschen aus dem Herzen gesprochen. Seine Worte haben im Inland und im ganzen Ausland lebhaften Widerhall gefunden.

Lange Jahre sind seit dem Beginn unseres Kampfes gegen die Lüge von Versailles verstrichen. Die verschiedenen Reichsregierungen haben diesen Kampf mehr oder minder taftmäßig unterlassen. Aber oftmals sind die Reichstanzler und Außenminister von augenblicklichen außenpolitischen Konstellationen beeinflusst und davon abgebracht worden, sich offen an die Spitze des Kriegsschuldkampfes zu stellen, weshalb schon große Teile unseres Volkes den Schuldfragekampf aufgeben wollten. Nun hat der Reichspräsident, der sehr selten das Wort ergreift, mit seiner scharfen öffentlichen Zurückweisung der Lüge von Versailles die Schuldfrage in das härteste Licht gestellt. Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat bald darauf diese Kundgebung bekräftigt. An der Reichsregierung und dem deutschen Volke ist es nun mit aller Tatkraft den ernten furchtbaren Kampf fortzusetzen. Lassen wir uns doch nicht von Genfers, Locarnos und anderen außenpolitischen Momenten daran hindern, einen Kampf zu führen, der mit der gegenwärtigen Außenpolitik überhaupt nichts zu tun hat. Der Kampf gegen die Versailles Lüge ist in allererster Linie ein Kampf um die Ehre des deutschen Volkes. Unser Volk darf und kann es nicht dulden, daß ihm im kraftesten Widerspruch zu den historischen Tatsachen die Schuld an diesem furchtbaren Weltkriege aufgebürdet wird. Dies Brandmal, das man in Versailles auf unsere Stirne gedrückt hat, muß entfernt werden. Die alte Lüge von Versailles muß zerstört werden.

An unserem festen Willen, Deutschlands Kriegsschuld zu vernichten, kann uns wahrhaftig die schöne These der Entente-regierungen nicht verhindern, die behaupten will, die „Mitschuld Deutschlands am Weltkriege sei eine durch Versailles festgelegte geschichtliche Tatsache“, sei eine „Cause jugée“. Noch weniger kann uns die englische Auffassung beeindrucken, daß man die Schuldfrage „besser in Ruhe lassen“ solle. Nein und tausendmal Nein! Der Deutsche darf sich mit dem Versailles Verdikt nicht abfinden. Er muß die Geschichte, die Dokumente immer wieder an das Tageslicht ziehen, so lange, bis die Lüge von Versailles voll und ganz und amtlich zerstört und wider-rufen ist. Er muß seine Ehre wiederherstellen.

Wer hat denn diesen Weltkrieg gewollt? Das ist die klare Fragestellung im Kampf gegen den Versailles Schuldgrund. Gewollt hat diesen Krieg Frankreich, vor allem Poincaré und Clemenceau, um Elsass-Lothringen zu gewinnen. Gewollt hat den Arica Rußland, um alle slavischen Völker unter seiner Herrschaft zu vereinigen und Konstantinopel zu erobern. Gewollt hat ihn England, um den deutschen Handel und die deutsche Seegeltung zu vernichten. Gewollt hat ihn Serbien, um unter Vertreibung Oesterreich-Ungarns ein Groß-Serbien zu erhalten. Gewollt hat ihn Italien, um sich des österreichischen Trentinos und Südtirols zu bemächtigen.

Deutschland aber hat den Krieg nicht gewollt. Am Gegenteil. Seit 1871 haben Bismarck, haben die deutschen Kaiser und Regierungen nur den europäischen Frieden gewollt. Auf nichts anderes, als auf die Unverletzlichkeit unseres Reiches war die Arbeit unserer Staatsmänner gerichtet. Daran ändert auch der Einmarsch unserer Truppen in Belgien nichts. Denn dieser Einmarsch erfolgte infolge der russischen und der französischen Mobilmachung. Deutschland handelte in bitterster, äußerster Notwehr.

Die Reichsregierung und das deutsche Volk dürfen die Gelegenheit unter keinen Umständen vorbeigehen lassen, die sich mit der erneuten Aufrollung des Schuldfragekampfes durch den Reichspräsidenten und den Reichsaussenminister geboten hat. Hindenburg hat den Mut gefunden, klar und deutlich gegen die Lüge von Versailles vorzugehen. Möge sein Beispiel die letzten Bedenken gewisser Volkstüftler beseitigen, und möge das deutsche Volk in allen seinen Teilen es endlich erkennen: Von der Vernichtung der Lüge von Versailles hängt Deutschlands Zukunft ab.

Wieder ein furchtbarer Taifun über den Philippinen.

Wie aus Manila gemeldet wird, ist die bereits im vorigen Jahre wiederholt heimgesuchte Insel Luzon von neuem durch einen Taifun verwüstet worden. Über 500 Personen wurden getötet und ebensoviele vermisst. Die Ortschaft Baler wurde vernichtet. Annähernd 5000 Menschen sind obdachlos.

Holländung Könnekes auf dem Wege nach Bagdad.

London, 29. Sept. Nach einer Neuter-Meldung mußte Künneke, der heute von Bagdad nach Indien weiterzuziehen gedenkt, auf seinem Zuge von Bagdad nach Bagdad in der Nähe von Mosul, nördlich von Aleppo, wegen Maschinendefektes notlanden. Die Reparatur des Motors wurde durch Mitglieder des französischen Luftdienstes in Syrien durchgeführt, worauf der Weiterflug erfolgen konnte.

Um das Reichskommissariat für Ostpreußen.

Die preussische Regierung gegen v. Gansl.

Berlin, 29. September. Zu der viel erörterten Frage der Einsetzung eines Reichskommissars für Ostpreußen hören wir von zuständiger Stelle, daß Reichsfinanzminister Marx seinerzeit lediglich seine Sympathie für die Einrichtung einer umfassenden Stelle für Ostpreußen ausgesprochen hat. In welcher Form diese eingerichtet werden soll, steht aber zurzeit noch nicht fest.

Die preussische Regierung wird dem Plan der Ernennung des Freiherrn v. Gansl zum Reichskommissar für Ostpreußen lebhaften Widerstand entgegenstellen, da Freiherr v. Gansl gegen die preussische Regierung sich zum Führer der „Kronde gegen die preussische Regierung“ entwickelt habe. Das Reich ist in dieser Frage an die preussische Regierung noch nicht herangetreten.

Unsere Berliner Schriftleitung schreibt hierzu:

Berlin, 29. Sept. Die Eindrücke, die Reichsfinanzminister Marx hinsichtlich des ostpreussischen Aufstehens zur Tannenbergs-Fest hatte, sind, wie bereits gemeldet, mitbestimmend gewesen für die nunmehr geplante Verwirklichung eines Reichskommissariats für Ostpreußen, auf das die ostpreussische Seite immer wieder, lange Zeit leider vergeblich, hingewiesen worden war. Die preussische Regierung, die bereits eine Sonderstelle für die Belange dieser Provinz unterhält, hat ein Reichskommissariat immer wieder zu hinterfragen versucht. Dabei spielten insbesondere parteipolitische Erwägungen mit, die angesichts dieser das Gesamtdeutschtum betreffenden Schicksalsprobleme geradezu als verwerflich bezeichnet werden müssen. Ostpreußen, das als vorwiegend agrarisches Land besonders stark an ostpreussische Traditionen gebunden ist, war der sozialdemokratisch bestimmten preussischen Staatsregierung schon von jeher ein politisch unabweisbares Gebiet in der Reihe der preussischen Provinzen. Sozialistische Nationalität scheiterte dort fast durchwegs an der landwirtschaftlich bestimmten Bevölkerung und an dem stark ausgeprägten Deutschbewußtsein, das in einem so unmittelbar von der slavischen Hochkultur bedrohten Lande zu einer Selbstverständlichkeit geworden ist.

Den zwingenden ostpreussischen Gegebenheiten können sich, sehr zum Erkennen der sozialistischen Preussenregierung, nicht einmal jene höheren Beamten entziehen, die Berlin aus den Reihen der Mitte und vor allem aus der Linkspartei an die Spitze und nach Ostpreußen entsandte. Der allerdings schon länger zurückliegende Fall des sozialdemokratischen Oberpräsidenten Wenig, der unter dem Eindruck dieser ostpreussischen Kampfsituation aus dem sozialdemokratischen Lager in das nationale Hinüberwechselte, ist für diese zwangsläufige Entwicklung ein gutes Beispiel.

Ein erneuter, das Deutschtum erdroffender Ring, umschließt

ein wirtschaftlich ruiniertes Land.

Die Verschuldung der Ostpreussischen Wirtschaft ist in einem Maße vorgeschritten, das unter anderen Umständen den Konkurs und Liquidationserfolg haben würde. Nach letzten Er-

hebungen ist beispielsweise der Grundbesitz durchschnittlich mit 150 Mark pro Morgen verschuldet. Landwirte, deren Besitz die Größe von kleinen Fürstentümern hat, sehen sich nicht mehr in der Lage, ihr Viehbestium zu halten; sie sind gezwungen, von der für den deutschen Rohrnastspielraum unerlässlichen Intensivkultur zu einer wenig produktiven extensiven Bewirtschaftung überzugehen, wenn sie nicht, wie es längst ver-schiedentlich gescheh, große Teile ihres Besitzes zu ent-sprechend geringen Preisen abstoßen wollen, um die Sanie-rung des Reiches zu ermöglichen, Vordereilen, die dann zwar von der Ostpreussischen Landgesellschaft, der Zentrale für Neu-besiedlung, aufgefunden werden, praktisch aber auf Jahre hinaus für die Volksernährung und als Konkurrenz gegen den unsere Handelsbilanz ständig verschlechternden Uebersee-import von Lebensmitteln nicht in Betracht kommen.

Was die Städte anlangt, so versucht vor allem Königsberg durch die Dümme das zerstörte Hinterland der Provinz wieder wirtschaftlich zu stärken. Es ist aber kein Geheimnis, daß nur sehr erhebliche Staats- und Reichszuschüsse diese Bestrebungen vor dem Zusammenbruch bewahren können. Aus dieser unmittelbaren Bedrohung geht, was besonders verhängnisvoll ist, ein ungeheurer scharfer Konkurrenzkampf des Königsberger Hafens gegen das ebenso bedrohte Danzig ein. Man sucht die Einfuhr von Danzig nach Königsberg herabzusetzen, schädigt sich so aus nächstem Selbsthaltungssinn wider Willen und schwächt die Lage des Deutschtums nur noch weiter.

Darum ergab sich die Forderung, daß in eine Sonder-stelle für Ostpreußen gleichzeitlich Danzig irgendwie ein-gegliedert werden muß.

Freiherr von Gansl zählt nicht nur zu den allgemein anerkannten und populärsten Persönlichkeiten des Landes, sondern hat sich bekanntlich auch praktisch politisch bei den ostpreussischen Abstimmungskämpfen besonders hervorgetan. Voraussetzung einer wirklich frucht-baren Tätigkeit wäre allerdings, daß einem Reichskommissar für Ostpreußen ein bestimmtes Maß von selbständiger Handlung und Entscheidungsfreiheit zugehört würde, damit nicht, wie schon so oft, Bürokratismus und Resortneid zerstören und hinfanteln, was sofort zu tun unbedingt notwendig wäre. Die Errichtung des Kommissariats wäre aber nur ein erster Schritt. Seine Arbeit muß nach wie vor getragen sein von einem gesamtdeutschen Bewußtsein der unmittelbaren Bedrohung des deutschen Ostens überhaupt.

Ostpreußen ist die kritischste Stelle des schwer verwundeten deutschen Reichskörpers. Nicht weniger schwierig ist jedoch die Lage in Danzig, in Pommern, in Oberschlesien. Auch die Schwächezone zwischen Reichsberga und Westfalen, wo Tschechen und Polen mit unvermindelter Kraft die Konkordanz des deutschen Volksbodens über die wendische Siebungsin-sel hin betreiben, bedarf eindringlicher Berücksichtigung.